



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann, Gülsere Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Ursula Sowa** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Alter für die Europäische Bürgerinitiative auf 16 Jahre absenken

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird dazu aufgefordert, sich im Bundesrat für eine Absenkung des Alters zur Unterstützung der Europäischen Bürgerinitiative auf 16 Jahre einzusetzen.

Begründung:

Junge Bürgerinnen und Bürger sind ein elementarer Bestandteil der europäischen Gesellschaft, deren Meinung in der politischen Willensbildung mehr Gehör finden sollte. Die Fridays For Future-Bewegung steht exemplarisch für das zunehmende politische Interesse und Engagement von Jugendlichen, insbesondere in einem gesamteuropäischen Kontext. Die Partizipation junger Menschen in der europäischen Demokratie muss gestärkt werden. Das schafft Vertrauen in politische Prozesse und Institutionen und ermöglicht bessere politische Teilhabe. Deshalb sollte das Mindestalter für die Unterstützung der Europäischen Bürgerinitiative auf 16 Jahre herabgesetzt werden. Das würde die Europäische Bürgerinitiative als Instrument der partizipativen Demokratie stärken. Die neue Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Europäische Bürgerinitiative (EU 2019/788) legt Mitgliedstaaten nahe, eine Festlegung des Mindestalters auf 16 Jahre in Betracht zu ziehen. Die entsprechende Umsetzung muss in Deutschland durch ein Bundesgesetz erfolgen, dessen Novellierung gerade stattfindet.

Die Europäische Bürgerinitiative ermöglicht den Bürgerinnen und Bürgern, der Europäischen Kommission unmittelbar Vorschläge zu unterbreiten und sie zu einem entsprechenden Rechtsakt aufzufordern. Im weiteren Verlauf entscheiden dann im Rahmen der europäischen Gesetzgebung Parlament und Rat über einen etwaigen Rechtsakt. Die Absenkung des Alters zur Unterstützung einer Europäischen Bürgerinitiative würde es Jugendlichen ermöglichen, am Vorschlagsprozess teilzuhaben. Im Nachbarland Österreich ist dies bereits heute möglich.

Die Absenkung des Alters für die Unterstützung einer Europäischen Bürgerinitiative steht im Einklang mit dem Ziel des Koalitionsvertrages zwischen CSU und FREIEN WÄHLERN, ein bürgernahes Europa zu schaffen. Durch die Absenkung können in Deutschland nach Zahlen des Statistischen Bundesamts zusätzlich rund 1,5 Mio. Jugendliche von einer direktdemokratischen Beteiligung an der Europäischen Union profitieren.